

OB-Wahl 7.10.2012

Wähl
den
Wechsel!

Ware Liebe

Unser Leonhardsviertel. Hells Angels in fransigen Kutten [...] Und mittendrin ganz normale Handwerksbetriebe [...]

■ Seite 06

SWSG: Märchenstunde(n) für Mieter und Gemeinderat

Bezahlbare Wohnungen werden in Stuttgart immer rarer. ■ Seite 10



Nochmals 108 Millionen Euro für Stuttgart 21

- aber kein Geld für KiTa Plätze



Hannes Rockenbauch ist SÖS-Stadtrat und Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE

Jetzt kurz vor den Sommerferien haben die Herren Schuster und Föll ganz ohne Haushaltsbeschluss die Rücklagen für Stuttgart 21 um 108 Millionen Euro erhöht und der Gemeinderat hat dies mit der Feststellung des Jahresabschlusses 2011 mit den Stimmen der Grünen abgenickt. Unsere Fraktion hat am 19.07.2012 im Gemeinderat einen Bürgerentscheid

beantragt: Soll die Stadt nochmals 108 Millionen für S21 zubuttern dürfen?

>> Auf der Gemeinderatssitzung am 19.07.2012 haben die Fraktionen der Grünen, CDU, SPD und FWV den zusätzlichen 108 Millionen Euro Rückstellungen für Stuttgart 21 zugestimmt und unseren Antrag für einen Bürgerentscheid abgelehnt. In derselben Woche meldete die Presse, dass die Regel-Betreuungszeit in Kindergärten gekürzt wird, der Grund: Geldmangel.

Was geht mich mein Geschwätz von gestern an!

>> In der Begründung für die Rückstellungen für Stuttgart 21 im Jahr 2007 hieß es noch: „Für den eventuellen Finanzierungsbeitrag der Landeshauptstadt zur Risikoabsicherung (Stufe 1) in Höhe von 130 Millionen Euro (Kapitalwert zum 31.12.2007) wird eine weitere Teil-

rücklage gebildet. Diese Rücklage wird ab 01.01.2008 mit 4,5 % p. a. verzinst. Der Zinssatz entspricht den gegenwärtigen Geldmarktkonditionen, so dass eine weitere Belastung zukünftiger Haushalte ausgeschlossen ist.“ (GRDRs. 790/2007). Bis zum Juli 2012 war genau das die offizielle Sprachregelung: „Stuttgart 21 sei ohne weitere Kosten für den städtischen Haushalt finanziert.“ Sowohl CDU-Oberbürgermeister Schuster wie die SPD-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat hatten stets versichert, dass sie im Falle von Mehrkosten bei Stuttgart 21 einen Bürgerentscheid für nötig und prinzipiell auch für rechtlich möglich halten.

Mit Zustimmung zu unserem Antrag hätten Sie die Chance, ihr Versprechen einzulösen. Doch heute heißt es lapidar, die Mehrbelastungen von 108 Millionen Euro für den städtischen Haushalt seien keine Mehrkosten, Mehrkosten gäbe es erst, wenn die 4,5 Milliarden Grenze überschritten sei. | Seite 21

! von Seite 1!

Gemeinderat: 108 Millionen für Stuttgart 21, aber Regel-Betreuungszeiten an KiTas werden gekürzt

>> Die lange abzusehenden Mehrbelastungen des städtischen Haushalts sind nun offensichtlich eingetreten. Die Verwaltung versuchte, diese rückwirkend in Rücklagenerhöhungen zu verstecken. Gut in Erinnerung ist noch die von der Stadtverwaltung auferlegte Rücknahme von notwendigen Ausgaben in den Haushaltsberatungen für 2012/2013. Damals wurden die dringend notwendigen Schulsanierungen zeitlich gestreckt, für eine ausreichende Kulturförderung fehlt das Geld und auch für genügend Räume und Personal der gesetzlich zugesicherten Mög-

Antrag der Fraktion SÖS und LINKE:

Der Gemeinderat beschließt,

1. dass über die Erhöhung der städtischen „Rücklage Stuttgart 21“ um 107.973.822,00 Euro baldmöglichst ein Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt Stuttgart durchgeführt wird. Der Oberbürgermeister legt hierzu eine rechtskonforme Formulie-

rung des Bürgentscheids noch vor der Sommerpause 2012 dem Gemeinderat zur Entscheidung vor.

2. Die GRDRs 419/2012 „Aufstellung des vorläufigen Jahresabschluss 2011“ wird bis zur Feststellung des amtlichen Ergebnisses des Bürgerentscheides vertagt. ■

lichkeit der Kleinkindbetreuung. Mit Hilfe einfacher Grundrechenarten ist jetzt nachzuvollziehen, dass genau die einhundert Millionen Euro, die Föll als Sparauflage machte, ins Projekt Stuttgart 21 nachgeschoben werden. Wenn ich auf Podiumsdiskus-

sionen zur Oberbürgermeister-Wahl sitze, versprechen alle Kandidaten der großen Parteien blumig, dass sie Stuttgart zu kinderfreundlichsten Stadt ausbauen würden! An ihren Taten muss man sie messen, besonders in Wahlkampfzeiten! ■ |hr|

Eltern doppelt bestraft!

Ab 1. September 2012 werden die KiTa-Gebühren erhöht, von monatlich 82 Euro auf 91 Euro für eine FamilienCard-berechtigte Familie mit 1 Kind. Und jetzt auch noch eine Kürzung der Regel-Betreuungszeit: von 8,5 Stunden auf 8 Stunden! In einer Stellungnahme des Gesamtelternbeirats vom 26.03.2012 heißt es bereits dazu:

„Eltern, welche auf die 8,5 Stunden angewiesen sind, müssen nun eine Zusatzstunde Spät/Frühdienst hinzu buchen, wofür im Jahr weitere 165 Euro zu bezahlen sind, was eine weitere indirekte Gebührenerhöhung bedeutet. Hier trifft es wieder einmal finanzschwache Familien und Alleinerziehende besonders, denn gerade diese sind, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, auf ein möglichst großes, bezahlbares Zeitfenster bei der Betreuung angewiesen. Deshalb lehnen wir die Reduktion der Regelbetreuungszeit ab!“

Außerdem wird auch noch die Schließzeit von 20 auf 23 Tage erhöht, sodass Eltern kaum noch frei verfügbare Urlaubstage haben. Das alles legt nahe: die Verwaltung hat nicht nur ihren Finanzhaushalt im Auge, sondern trägt auch noch den Personalmangel auf dem Rücken der Eltern und Kinder aus!

Erzieher/innen wertschätzen!

>> Es ist eigentlich schon verwunderlich, dass plötzlich „Erzieherinnenmangel“ das Thema



© Joachim Röttgers

schlechthin ist. Seit 2 Jahren wird über den verpflichtenden Ausbau der Krippenplätze diskutiert: das bedeutet ca. 350 Erzieher/innen mehr. Hinzu kommt ein ständiger Mangel an Personal bei der Schulkindbetreuung. Insgesamt ist von einem Fehlbestand von ca. 1000 Erzieher/innen die Rede. Eltern, KiTa-Leitungen, Proteste von Erzieherinnen im Rathaus haben das Problem immer wieder sichtbar gemacht. Leider sind sie bei der Stadtverwaltung auf taube Ohren gestoßen.

Nun hat der städtische Gesamtelternbeirat eine Ballungsraumzulage ähnlich dem Beispiel Münchens gefordert, um Stuttgart für Erzieher/innen attraktiver zu machen. Das ist

mehr als gerechtfertigt bei den hohen Mieten und Lebenshaltungskosten in der Großstadt. Die Sozialbürgermeisterin hat aber abgewinkt, denn das könnte ja dann auch Begehrlichkeiten bei anderen städtischen Beschäftigten wecken! Was wäre daran so falsch?! 100 Euro mehr im Monat könnten z.B. auch die Müllwerker oder Mitarbeiter/innen des Gartenbau und Forstamts gut gebrauchen. Eine weitere Maßnahme könnte auch sein, die Gehälter für Erzieher/innen um mindestens 2 Stufen anzuheben. Schon längst liegt die Bezahlung dieses Berufs weit unter den gestiegenen Leistungsanforderungen. Wissenschaftler haben mit ihren Forschungen über |Seite 3|

! von Seite 2 | frühkindliche Entwicklung das Erziehungsmodell der KiTas wesentlich verändert. Der Schwerpunkt der Förderung von musischer Begabung, Sprache und sozialem Verhalten liegt in den allerersten Jahren der Kinder. Entsprechend wurden Programme wie das in Stuttgart praktizierte Einsteinmodell eingeführt. Die Erzieher/innen haben also anspruchsvolle Inhalte zu erfüllen, dazu kommen Elterngespräche, Bewertungen der Entwicklung der Kinder usw.

Das alles ist der Verwaltung bekannt - warum sperrt sie sich dagegen, eine entsprechende Leistungszulage für höherwertige Arbeit zu zahlen? Der Gesamtpersonalrat versucht seit längerer Zeit, diese mit der Verwaltung auszuhandeln. Auch wäre das ein Schritt, um Personal am Standort zu halten. Erzieherinnen, die merken, dass ihr Einsatz und ihre Kompetenz gar nicht gewürdigt werden, sehen auch keinen Anlass, in Stuttgart zu bleiben. Leistungsgerechte Bezah-



© Joachim Röttgers

lung muss sich auch an den Beteuerungen der Bürgermeisterinnen Frau Fezer und Frau Eisenmann messen lassen. Bei einem Podiumsgespräch am 10.07.2012 zum Thema der Ganztagschule - bei der die Schulkindbetreuung nicht mehr im Hort sondern zukünftig in der Grund-

schule stattfinden wird - betonten die Bürgermeisterinnen wiederholt, dass Lehrer und Erzieherinnen in der Schule auf „Augenhöhe“ zusammen arbeiten werden. Das kann aber nur bedeuten, dass dann auch die Bezahlung auf Augenhöhe stattfinden muss! ■ |gv|

Kritik an der Umsetzung des Bürgerwillens in Feuerbach

„Bürgerbeteiligung“ wird zurzeit in Stuttgart in der Öffentlichkeit stark betont, aber gleichzeitig immer mit dem Hinweis versehen: Entscheiden tun die zuständigen Gremien. Rund 70 Feuerbacher Bürgerinnen und Bürger hatten sich zwei Tage Zeit genommen (am 20./21. April 2012) um ihre Vorstellungen für die Ausschreibung zum Architekten-Wettbewerb des Schoch-Areals am Feuerbacher Bahnhof einzubringen.

>> Viele Ideen wurden entwickelt und im Work-Shop mit großer Mehrheit verabschiedet. An den entscheidenden Stellen haben sich aber eindeutig die absehbaren Interessen der zukünftigen Investoren gegen die Interessen der Bürger durchgesetzt. Das hat viele Bürgerinnen und Bürger verärgert. Tenor ist: Das war sowieso vorher schon alles beschlossen.

>> Kritik gab es an der Regie der Veranstaltung: So wurde ein Gutachten zu den Altlasten präsentiert, das bis heute uns nicht als Bericht vorliegt. Die mündlichen Ausführungen durch Herrn Noë von der Firma Arcadis haben die Diskussion über den Teilerhalt des historischen Bestandes stark negativ beeinflusst nach dem Motto: Alles muss raus! Nachträglich haben wir den Eindruck, dass es von

vornherein die Absicht der Stadtverwaltung war, den Totalabriss auf dem Schoch-Gelände als alternativlos darzustellen. Folgende Vorschläge wurden auch im Bezirksbeirat mit dem Argument der „Freiheit der Architekten und Planer“ und dem „Interesse der Investoren“ vom Tisch gefegt:

- **Die Gebäudehöhe soll im nördlichen Baufeld maximal 15 Meter betragen.** Die Verwaltung lehnt das ab, die Planer und Architekten sollten mehr Freiheiten bekommen. Eine höhere Verdichtung mit bis zu 6 Geschosshöhen sei sinnvoll. Die Verwaltung lehnt eine offene Bauweise mit einzelnen Baukörpern ab.
- **Im südlichen Baufeld wollte der Work-Shop eine Begrenzung der Geschosshöhe, so dass 80 % 4 Stockwerke und 20 % fünf Stockwerke haben könnten. Der Einzelhandel sollte auf 200 qm Ladenfläche pro Einheit begrenzt sein.** Auch das lehnte die Verwaltung ab. Den Teilnehmern des Wettbewerbs sollte ein größerer Spielraum ermöglicht werden. Pro Einzelhandelseinheit sollten 800 qm ermöglicht werden. Dabei gibt es in unmittelbarer Nähe schon Discounter wie Lidl, Aldi,

Marktkauf und den Baumarkt Obi.

- **Ein Industriemuseum/Heimatemuseum mit Museumspädagogik wurde mit großer Mehrheit gewünscht.** Davon findet sich nichts im Auslobungstext. Das Gelände sei „zu wertvoll“.
- **Die Wandgemälde in der ehemaligen Kantine sollen als Erinnerungsgeschichtlicher Wert erhalten werden.** Die Aufgabe dazu wurde einer Bürgerinitiative zugeschoben, der Vorschlag ist nicht in der Ausschreibung enthalten.

Wir haben in Feuerbach den Eindruck, dass die Stadt die hohen Kosten der Altlastensanierung (bis jetzt schon über 8 Millionen Euro, in Summe sind 15 Millionen Euro im Gespräch) durch höheren Erlöse beim Verkauf des Geländes hereinholen will. Also sollen die Investoren mit höherer Rendite rechnen können. Wo bleibt der Bürgerwillen bei der Gestaltung des Stadtteils? Wo bleibt die Idee der lebendigen Stadt, des Stadtteils als Ort der Kommunikation und des Wohlfühlens? ■ |Roland Saur, stv.Bezirksbeirat, Feuerbach|

Pleiten, Blech und Pannen

Das bestgeplante Projekt der Deutschen Bahn AG



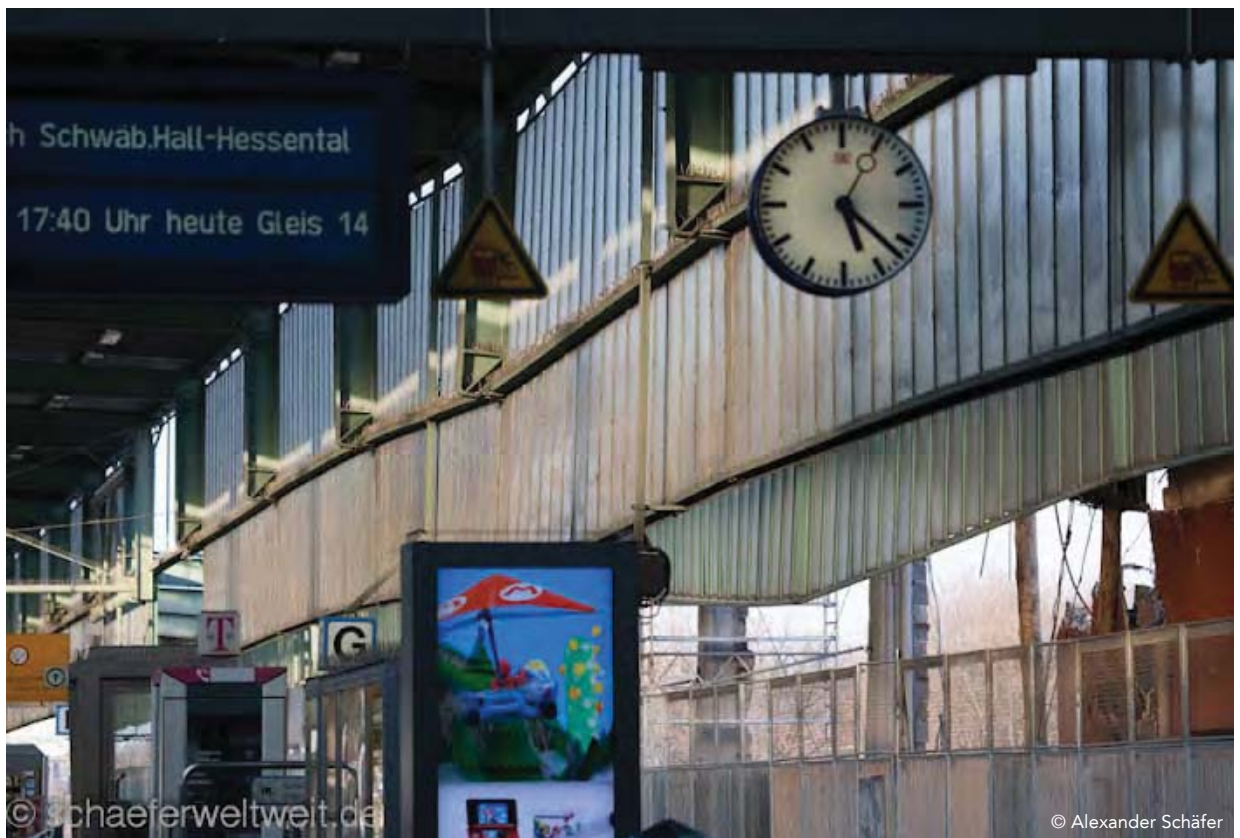
Gangolf Stocker ist SÖS-Stadtrat und Sprecher der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart - kein Stuttgart 21“

Haben Sie schon einmal das Bahnhofsdach über den Bahnsteigen 15 und 16 vom Landespavillon aus angeschaut? Ich meine nicht damals, als der Abrissbagger einen Dachträger fast mit abriß. Damals dümmerte der DB, dass der Südflügel, den sie gerade am Abreißen war, vielleicht etwas zur Statik des Bahnhofdaches beitrug. Bahnsteig 15 und 16 wurden gesperrt, aber nur so lange, bis Bahnsprecher Dietrichforsch erklärte, es bestehe keine Gefahr. Der Betrieb auf Gleis 15 und 16 ging weiter. Da war er vielleicht zu voreilig. Man

konnte mit bloßem Auge erkennen, dass das Dach unter Spannung stand, in der Mitte das Glas geplatzt war und etliche Pfeiler schief standen. Ohne weiteren „Dietrich-Sprech“ begann die DB deshalb damit, Stahlträger und Querverstrebungen einzubauen und die Bahnsteige 15 und 16 wieder zu sperren. Dann wurden beide Gleise wieder frei gegeben. Dann wieder gesperrt, weil das Gewitter am 30. Juni 2012 den Bauzaun in den Bahnhof drückte und das Dach erneut beschädigt wurde. Und irgendwann werden Gleis 15 und 16 wieder frei gegeben werden, und wenn Ihnen das nicht geheuer vorkommt, dann informieren Sie Freunde und Bekannte, keinesfalls mit Zügen zu fahren, die von Gleis 15 und 16 abfahren oder dort ankommen.

>> Fazit: Die Bahn reißt erst einmal ab und guckt, ob das gut geht, und riskiert dabei Leib und Leben ihrer Kunden. Wir dürfen die DB daher in ihrem planerischen Unvermögen nicht allein lassen. Sie hat jetzt ja sowieso genug Probleme beim „Weiterbauen“. Das Planfeststellungsverfahren auf den Fildern steht in den Sternen, ist so gut wie aussichtslos,

denn es gibt keine Planrechtfertigung für eine Planung, die einen blendend funktionierenden Bahnhof mit über fünfzig Zügen pro Stunde durch einen Bahnhof mit 30 Zügen pro Stunde ersetzen soll. Ganz abgesehen davon, dass das Ding nicht funktionieren wird. Aber es wird ja auch nicht gebaut werden. Jetzt ist sowieso Ruhe für dieses Jahr und nächstes Jahr. Ein völlig neues Planfeststellungsverfahren neben dem seit Jahren anhängenden auf den Fildern erzwingt Ruhe im S21-Karton. Wenn Bahnkommunikator Schönbeck im Umwelt- und Technikausschuss verkündet, im Januar 2013 wolle man weiterbauen, man sei zuversichtlich, dann redet er Blech. Alle betroffenen Hausbesitzer sind bei diesem Planfeststellungsverfahren wieder mit im Boot, die Umweltverbände und alle Träger öffentlicher Belange auch, wenn es um die mehr als doppelte Menge Grundwasserentnahme geht. Auslegungen, Einwendungen, Anhörungsverfahren und Feststellungsbeschluss – das dauert. Was macht die Bahn bis dahin? Sie kann noch den Landespavillon zerstören, aber dann? Gruben ausheben bis zum Grundwasser? Eine exzellente Marketing-Idee, finden Sie nicht? ■ |gs|



Demokratie neu erfunden: Grüne Fehlerkultur

Am 23.05.2012 schreibt Boris Palmer in der TAZ: „Stuttgart 21 bleibt ein Fehler, aber den müssen wir jetzt machen.“ Das ist nun die Premiere einer neuen Demokratie-Theorie. Ihr Kern: Einen Fehler an sich einzuhalten wird zur demokratischen Tugend für sich. Der Fall: Bei Richter Reicherter wurde eine Hausdurchsuchung gemacht. Original Palmer auf Twitter: „Zweitens hat die Hausdurchsuchung gar nicht Reicherter gegolten. Schon

gar nicht sollte die Bewegung ausgespät werden. Es ging darum, die undichten Stellen im Sicherheitsapparat zu finden. Das ist jedenfalls vollkommen legal.“ Also, für alle: der Richter Reicherter hatte Informationen über illegale Handlungen der Polizei, und die hätte er nun nicht haben dürfen, und dass er sie hat, ist das Vergehen, nicht die illegale Handlungen der Polizei. Und jetzt sucht die Polizei die undichte Stelle, damit in Zukunft ihre Untaten nicht mehr herauskommen. Denn die

muss sie in Zukunft auch noch machen können, um den Fehler S21 durchzudrücken. Und so wird die Hausdurchsuchung zum demokratischen Akt, damit der Fehler S21 weiter gemacht werden kann. Denn es ist ja nun demokratisch, Fehler weiter zu machen, und undemokratisch, Fehler zu korrigieren. Palmer hat damit die Demokratietheorie schöpferisch weiterentwickelt – oder kennen wir das nicht schon von den alten Preußen? ■ |hp|

Filder-Farce ... und die Bürger sind die Blöden

Vom „Murks“ zum „Murks plus“

Am ersten Filderdialog-Tag war schon abzusehen, wohin dieser Dialog führt. An den Prämissen und am Verfahren selbst durfte nicht gerüttelt werden, belastbare Informationen zu den Varianten gab es wenige bis gar keine. So machte eine Bürgerbeteiligung keinen Sinn. Deswegen war Hannes Rockenbach bereits am Ende des ersten Tages aus dem Verfahren ausgestiegen.

>> Dass dieses generalstabmäßig geplante Verfahren aber so zur Farce verkommt, hat uns schon sehr überrascht. Nur ein Woche nach dem sich die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende des Filderdialogs für die Gäubahnvariante aussprachen, war dieses Votum auch schon wieder vom Tisch.

>> Am Schluss bleibt aber ein scheinbar demokratischer Vorgang, denn die Bahn hat nun, was sie schon immer wollte: ein bisschen Planungs-



kosmetik, aber mit der verführerischen Aussicht, sich das Ganze von Land, Stadt, Region und Flughafen zahlen zu lassen. Und die neue Landesregierung hat bewiesen, dass Gehörtwerden und Mitbestimmung zwei paar Stiefel sind.

>> Übrigens steht die Fraktionsgemeinschaft nach wie vor hinter der allerbesten Lösung für die Filder, für die Stadt und Region Stuttgart, für Baden-Württemberg und den Bahnverkehr in Deutschland: Einfach auf S21 verzichten und K21 realisieren! ■ |red|

Valium fürs Volk : Bürger(Schein)beteiligung

Wäre die Landesregierung eine psychiatrische Klinik, so würde sie ihren Patienten bei „aufgewühlter Stimmung“ und eigener ärztlicher Ratlosigkeit Valium verordnen. Nun ist Frau Staatsrätin Erler aber Soziologin, und der hilflosen Landesregierung rät sie als Therapie für die aufgewühlten Bürger auf den Fildern, was man im Soziologieseminar zur Konfliktbewältigung so gelernt hat: Bürger(Schein)beteiligung. Aufgewühlt-

heit und Angstvorstellungen – manche meinen auch, das sei eine demokratische Bewegung – sollten mit einer Gesprächstherapie eingedämmt werden. Ganz ohne Psychopharmaka, nur mit gefühlter Mitsprache. Die Soziologen nennen das den herrschaftsfreien Diskurs. Schonende Entmündigung, am Ende der Gesprächstherapie steht der ideale Bürger, gezähmt und ruhig gestellt. In Soziologie-Seminaren kursierte zu dieser Theorie von Prof. Habermas der Spruch: „Herrschafts-

freier Diskurs nach Prof. Laberfraß, wer zuletzt einschläft, hat recht.“ Willkommen im Realkabarett sozialdemokratischer und grüner Strategien des Gehört-Werdens. Nur dass es heute knallhart heißt: Wer die Macht und das Geld hat, der hat Recht. In ihrer Jugend, als Frau Erler noch im SDS war, hätte sie nun gesagt: Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden. Aber diese Ansicht war wohl eine Jugendsünde. ■ |hp|

Die Pressemitteilung zum Ausstieg von Hannes Rockenbach aus dem Filderdialog finden Sie unter www.stuttgart.de/soesundlinke

Ware Liebe

Unser Leonhardsviertel. Hells Angels in fransigen Kutten, Spielhallen mit billig zugeklebten Scheiben, Straßenprostitution und Hauseingänge, aus denen es schummrig-rot herausleuchtet. Und mittendrin ganz normale Handwerksbetriebe, Wohnungen, Kneipen und sogar ein Edelrestaurant. Und was ist mit Waffenschiebereien, Mord, Drogen, Schlägereien? Kaum. Von unschönen Scharmützeln und dem Verstümmeln denkmalgeschützter Elemente abgesehen, ist es vergleichsweise ruhig in unserem Leonhardsviertel. Selbst der Chef der Hells Angels arrangiert Fotoausstellungen, die richtig gut sind.

Also ist alles im Lot?

>> Ist es nicht. Denn seit etlichen Jahren schwelt im Randbereich des Leonhardsviertels etwas, das nicht diskutabel ist: Armutsprostitution. Frauen, oft aus Rumänien und Ungarn und oft Angehörige von Sinti und Roma, verkaufen sich hier zum Discounterpreis. Freiwillig? Jetzt wird es knifflig. Wie freiwillig ist das Handeln dieser Personen, die zuweilen des Lesens und des Schreibens nicht kundig sind? Wie freiwillig ist das Handeln einer Frau, die Zeit ihres Lebens mit groben Methoden zum Gehorsam verpflichtet wurde und deren Selbstwertgefühl entsprechend gering ausgeprägt ist? Man muss nicht bis zwei zählen können, um zu erkennen, dass harsch auftretende

Fädenzieher mit solchen Frauen besonders leichtes Spiel haben.

Lösung?

>> Das Beste wäre, wenn die Betroffenen selbst Widerstand leisten würden. Einrichtungen der Stadt oder engagierte Prostituierten-Vereinigungen könnten hierbei Hilfe leisten. Doch einfach ist das Anbahnen einer Hilfe von außen vor allem dann nicht, wenn diese Frauen nicht lange am selben Ort verbleiben und von daher kaum brauchbare Verbindungen geknüpft werden können. Große Hürden stellen auch Sprachschwierigkeiten dar und die Tatsache, dass diese Frauen vor allem den Personen, die in irgendeiner Weise mit dem Staat verbandelt sind, erst einmal tief misstrauen. Wenn man erfährt, welche Erfahrungen die Frauen in ihren Heimatländern mit Amtspersonen machten, versteht man das. Ergo wird der Lösungsansatz, dass Widerstand von den Betroffenen selbst kommt, vorerst kaum funktionieren.

Also aufgeben?

>> Früher hat die Stadt ihr Vorkaufsrecht, das sie bei jedem Grundstücksverkauf hat, ausgeübt und Häuser im Leonhardsviertel aufgekauft. Die Häuser wurden renoviert, die Stadt konnte an Nutzer vermieten, die den Charakter des Viertels

positiv beeinflussten. Doch in den letzten Jahren gab es wieder Fälle, in denen die Stadt sich reichlich ungeschickt anstellte und Häuser ausgerechnet Personen zukommen ließ, welche rotlichtige Profitmaximierung betreiben.

Armutsprostitution ächten!

>> Die Geschichte zeigte, dass die Gesellschaft einige unschöne Vorgänge irgendwann nicht mehr duldet. Genau so, wie man sich hier in Deutschland - mehr oder weniger im Konsens mit Gewerkschaften und den wichtigsten Parteien - gegen gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze in der Industrie gewendet hat, ist nun auch eine Ächtung der Armutsprostitution nötig. Im Jahre 2012 mitten bei uns hier in Stuttgart sklavenähnliche Arbeitsplatzzustände zu dulden, ist beschämend für uns alle. Jetzt ist die Zeit gekommen, dass wir unsere Einstellungen ändern. Dass so etwas funktionieren kann, zeigen die aktuellen Vorgänge in Flatrate-Bordellen. 2009 ins Leben gerufen, kam es nach Presseberichten schnell zu einer grossen Einigkeit in politischen Parteien und Gesellschaft: Eine Flatrate geht zu weit! Tatsächlich dauerte es nicht lange, da folgten ein paar juristisch gekonnte Zugriffe und siehe da, die Flatrate-Bordelle existieren heute nicht mehr. Geht doch. Also ran an das Thema. ■ |Ralph Schelle, Bezirksbeirat SÖS, Mitte|



© Joachim Röttgers

Preiserhöhung im VVS – Eine Problembetrachtung

Jahr um Jahr steigen die Ticketpreise für Bus und Bahn im VVS-Gebiet. Im Schnitt um satte 3 %. Das ist deutlich mehr als der reale Einkommenszugewinn eines normalen Haushalts, denn dort stagnieren die Löhne. Erwerbslose oder Menschen im Niedriglohnsektor sind schon heute aufgrund der hohen Preise quasi nicht mehr als Regelnutzer im VVS vertreten. Wer trägt die Schuld an dieser Misere? Zwei Problem-ebenen liegen dem zugrunde:

1. Die Verbundkonstruktion des VVS

>> Der VVS ist ein Mischverbund, d.h. im Aufsichtsrat sitzen zur Hälfte Vertreter der Aufgabenträger, also PolitikerInnen von Land, Region, Stadt und den Landkreisen, und zur anderen Hälfte Vertreter der regionalen Verkehrsunternehmen (SSB, DB und Busunternehmen). In jedem Jahr werden die gestiegenen Kosten der Verkehrsunternehmen nach statistischen Indizes ermittelt, also die gestiegenen Lohnkosten, der Dieselpreis, oder die Mehrkosten für den Strom. Dann verständigen sich die Verkehrsunternehmen im stillen Kämmerlein auf eine Prozentzahl, die refinanziert werden muss. z.B. 2,9 %. Nun kommt die andere Seite des Verbunds ins Spiel: Die Politik. Die darf unter Anleitung der VVS-Geschäftsführung entscheiden, wie sich die Kosten auf die einzelnen Ticketarten verteilen. Es kann aber auch jeder einzelne Partner erklären, dass er die Abwälzung auf die VVS-Nutzer verweigert. Dann jedoch muss dieser Partner die komplette Betriebskostensteigerung der Verkehrsunternehmen alleine tragen. Aus diesem Grund wurde die Preisspirale noch nie durchbrochen, denn die Politiker scheuen sich vor der Kostendeckung aus dem eigenen Haushalt. Die Folge ist: **Der Ticketpreis steigt aufgrund der Verbundkonstruktion quasi wie automatisch, solange die Politik sich nicht untereinander verständigt und bereit ist, mehr Geld in den Topf zu geben.**

2. Die Finanzlage der öffentlichen Hand

>> Der kommunale Investitionsstau in diesem Jahrzehnt beläuft sich insgesamt auf über 700 Mrd. Euro, davon 180 Mrd. im Verkehrsbereich. Gleichzeitig werden die finanziellen

Spielräume kleiner. 2007 sind beispielsweise die Zuschüsse für neue Fahrzeuge abgeschafft worden, und immer mehr Mittel aus dem Etat des Bundesverkehrsministeriums landen in schädlichen, unnützen und teuren Projekten wie Stuttgart 21, der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm oder dem Berliner Hauptbahnhof. Das führt unweigerlich zu höheren Kosten bei der Bestellung, u.a. zu explodierenden Stations- und Trassenpreisen. Die vom Bund zugewiesenen Regionalisierungsmittel an die Länder, mit denen z.B. der Betrieb der regionalen S-Bahnen zu 87 % finanziert werden, verlieren 2014 ihre Zweckbindung und könnten damit zum Stopfen des defizitären Landesetats zweckentfremdet werden. 2020 fallen die Regionalisierungsmittel dann komplett weg, mit bislang offenem Ausgang. Durch die Steuerenkungspolitik auf Bundesebene kämpfen die Länder mit strukturellen Defiziten, die sie an die Kommunen weiterreichen. Städte und Landkreise bieten aufgrund der mageren Zuweisungen schon bislang kaum ein Verkehrsangebot jenseits der Bus-Schülerverkehre. Löbliche Ausnahme

ist Stuttgart mit der leistungsfähigen kommunalen SSB. Doch mit 94 % Kostendeckungsgrad aus Zuschüssen und Fahrgeldeinnahmen werden hier die Fahrgäste über den VVS-Gemeinschaftstarif extrem belastet. Lediglich ein Defizit bis 25 Mio. Euro übernimmt die Stadt. Öffentlicher Nahverkehr in Verkehrsverbünden ist aber immer ein Defizitgeschäft und braucht entweder öffentliche Förderung oder eine neue Finanzierungsgrundlage.

>> SÖS und DIE LINKE setzen sich aus ökologischen und sozialen Gründen für einen kostenlosen Nahverkehr ein, der aus einer KfZ-City-Maut und einer Nahverkehrsabgabe der Unternehmen wie in Frankreich finanziert werden soll. Bis dafür der rechtliche Rahmen existiert und eine politische Mehrheit steht, wollen wir die Preissteigerungen durch mehr öffentliche Zuschüsse auffangen und für Menschen mit wenig Einkommen ein echtes Sozialticket durchsetzen. Denn Mobilität ist ein Menschenrecht und gehört für uns zur kommunalen Daseinsvorsorge. ■ |Christoph Ozasek, DIE LINKE|



© Joachim Röttgers

Den öffentlichen Nahverkehr müssen sich alle Schichten leisten können. Der Nulltarif macht dies möglich, entlastet die Straßen und schont die Umwelt.



© Joachim Röttgers

LBBW will kriminelle Geschäfte einstellen!

Interview mit Hannes Rockenbauch, geführt von der Stadt.Plan-Redaktion.

>> Du hast den Gemeinderat und die LBBW in große Aufregung versetzt mit deiner Kritik an kriminellen Nahrungsmittel-Spekulationen der LBBW. Einige sprachen dir sogar das Recht ab, weiter dem Gemeinderat anzugehören.

Hannes Rockenbauch: Ja, das war wieder einmal ein prägendes Erlebnis: CDU, SPD, FDP, Grüne und der Republikaner fielen über mich her, und die CDU klatschte sogar Beifall bei den Angriffen des Republikaners auf mich. Mein Auftreten und die Wahrheit stört das vereinbarte Politikgeschäft. Alle drei Parteien empörten sich, meine Kritik sei eines Amtsträgers nicht würdig. Das Verhalten der CDU und SPD hat mich nicht überrascht. Verwundert hat mich, welchen Eiertanz einige Grüne vollführten, als seien sie Hofberichterstatler des LBBW-Vorstandes. Man hat gesehen, wie die Mitgliedschaft von Stadträten in Aufsichtsgremien von Unternehmen Kritiklosigkeit und Wohlverhalten erzeugt. Außerparlamentarische Bewegungen und offene Systemkritik sind den etablierten Parteien offenbar ein Gräuöl. Aber ist es nicht ein toller Erfolg: auf Grund des öffentlichen Drucks hat die LBBW angekündigt, sich nun aus der kriminellen Nahrungsmittelspekulation zurückzuziehen. Ich bin wirklich gespannt, ob dieser Ankündigung auch konsequente Taten folgen, wir müssen auf jeden Fall wachsam bleiben. Trotzdem kann man jetzt schon sagen: Wir haben lokal gehandelt, mit globalen Auswirkungen. Danke an alle, die mir den Rücken gestärkt haben.

>> Du hast eine Stadtparkasse gefordert, kann man aus dem weltweiten kriminellen System der Banken einfach aussteigen?

Hannes Rockenbauch: Wenn man den politischen Willen hat, geht das als Stadt. Eine Stadtparkasse ist alle mal realistischer als gleich das ganze Bankensystem abzuschaffen. Niemand kann eine Stadt und ihre Stadtparkasse zwingen, kriminelle Geschäfte zu machen oder ihren Bürgern faule Produkte aufzuschwätzen. Es sind immer wieder Déjà-vu Erlebnisse im Gemeinderat. Vor Jahren habe ich Tempo 30 gegen den Feinstaub gefordert, oder habe gegen

die Cross-Border-Leasing Geschäfte protestiert und Stadtwerke gefordert, Hohn und Spott kam von den bürgerlichen Parteien. Heute haben sie meine Positionen fast übernommen. Seit fast acht Jahren fordere ich im Stuttgarter Gemeinderat endlich einen Öffentlichen Auftrag mit strengen ökologischen und sozialen Leitlinien für unsere kommunale Geldpolitik. Weit vor der Finanzkrise habe ich beantragt aus der LBBW auszusteigen und eine Stadtparkasse zu gründen. Dieser Schritt hätte den Stuttgarter Gemeinderat hunderte Millionen Euros gespart. Trotz der LBBW-Zockerrei und Nahrungsmittelspekulationen gibt es bis jetzt immer noch dasselbe Geschrei, wenn man die LBBW kritisiert. Ich habe aber das Gefühl, lange werden die etablierten

Parteien sich nicht mehr verstecken können. Am 20. Juli 2012 lese ich mit Erstaunen im Leitartikel der Stuttgarter Zeitung: „Der Markt verkommt. Die Großbanken sind zum Systemrisiko geworden. Sie sollten zerschlagen werden.“ Eine Trennung von Kreditbanken und Investmentbanken fordert die Zeitung. Analog fordere ich den Ausstieg der Stadt aus der LBBW und eine Stadtparkasse, die für die Sparer und den Mittelstand da ist und nicht deren Gelder verzockt wie die LBBW. Ich bin gespannt, ob die anderen Gemeinderatsfraktionen jetzt sich genauso empören über den Aufruf der Stuttgarter Zeitung, die Großbanken zu zerschlagen, wie über meine Äußerung über die kriminellen Geschäfte der Großbank LBBW. ■ |red|



© Joachim Röttgers

Mit ihrem Hunger spekulieren die Banken, dazu gehört viel Skrupellosigkeit und kriminelle Energie.



© Joachim Röttgers

Banken und organisierte Kriminalität

„Die Finanzkrise bietet viele anschauliche Beispiele dafür, dass sich die Organisierte Kriminalität (OK) in äußerst besorgniserregender Weise entwickelt hat und sogar zum sicherheitspolitischen Problem erster Ordnung geworden ist. Finanziers und Wirtschaftsführer haben ohne Regeln eine allgemeine Bereicherungsgorgie veranstaltet. Banker, Fondsmanager und Vermögensverwalter haben ihre Dienstleistungen und ihre Seelen verkauft, um riesige Summen Geld zu verdienen und es sich in die eigene Tasche zu stecken, als dieses Finanzsystem kollabierte. Rating-Agenturen und Beratungsgesellschaften haben Unternehmen betrügerisches Verhalten gelehrt und ihnen anschließend Unbedenklichkeitstestate erteilt. Die Offshore-Finanzzentren haben Geld jeder Herkunft akzeptiert und keine Fragen gestellt. Darin liegt insgesamt der korrupte Kern der Finanzkrise, die für die OK geradezu ein Jungbrunnen ist.“ (Wolfgang Hetzer, Abteilungsleiter im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Brüssel in seinem Buch „Finanzmafia. Wieso Banker und Banditen ohne Strafe davonkommen“, 2012, S. 125/126)



© Joachim Röttgers

„Die Akteure aus Wirtschaft und Finanzwelt benötigen keine Militärs, um ihre Politik durchzusetzen, oder unliebsame beziehungsweise ausgediente Politiker auszutauschen, wie Papandreou, Zapatero oder Berlusconi. Mit abgesprochenen, gezielten Spekulationsattacken auf ganze Volkswirtschaften und auf Währungen wie den Euro bringen sie heute Regierungen zu Fall und hebeln die Demokratien aus. Ein

kriminelles System“, wie der Jurist Bernd Schünemann meint. Und Schünemann führt dort weiter aus: „Wenn man mir sagt, hier geht es nicht um einzelne also verbrecherische Handlungsweisen, dann muss man jetzt sagen, das System ist kriminell. Das System ist in sich verbrecherisch, weil wertezerstörend und nicht, was die Volkswirtschaft eigentlich soll, werteschaaffend.“ ■
[SWR2-Feature]

Neue Stadt-Autobahn für CO₂ freie Stadtteile!?

Ob OB Schuster, Sebastian Turner oder Bettina Wilhelm, sie alle verbreiten die frohe Botschaft: der neue Stadtteil auf den Bahnflächen werde ein ökologisches Vorzeigeprojekt, die CO₂ freie Stadt werde verwirklicht! In der Praxis geschieht heute schon das Gegenteil. Schon die neu bebauten Flächen (A1) werden so viel Verkehr anziehen, dass die Heilbronnerstraße dreispurig ausgebaut werden muss. Das haben die CDU-Granden und Schuster schon so mit der Bahn vereinbart. Mitsprache des Bezirksbeirates wurde nicht erlaubt. Basta! Noch mehr Staus und CO₂, und die Stadt wird durch eine neue Autobahn zerschnitten. Von wegen Zusammenwachsen der Stadtteile durch S21! Und die Wohnungen auf den Rosenstein-Freiflächen werden so teuer werden, dass dort nur Einkommenseliten und Rentner leben können, die so hohe Einkommen haben oder hatten wie die Turners und Schusters.

Ihre Welt soll hier gebaut werden, die Welt des „Höher! Weiter! Schneller!“, der neoliberalen Politik,

vor deren Scherben wir heute weltweit stehen. ■ |hp|



© Joachim Röttgers

SWSG: Märchenstunde(n) für Mieter und Gemeinderat



Tom Adler ist Stadtrat für DIE LINKE und Betriebsrat im Daimler Werk Untertürkheim

Die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) ist zu 100 % im Besitz der Stadt Stuttgart. Ihre Aufgabe und ihr Anspruch lautet deshalb ganz offiziell: „Im Auftrag der Landeshauptstadt Stuttgart stellt die SWSG lebenswerten und preisgünstigen Wohnraum bereit.“

Tatsächlich hält die SWSG rund 70 % der Sozialwohnungen am Stuttgarter Wohnungsmarkt. Bezahlbarer Wohnraum müsse ein unveräußerliches Grundrecht sein, meinen SÖS und LINKE. Ist es aber in diesem Land nicht, auch nicht in Stuttgart, Wohnungen sind vielmehr Ware, mit der zuallererst Profit gemacht werden soll. Deshalb klaffen Anspruch und Wirklichkeit nicht nur bei privaten Wohnungsbaukonzernen weit auseinander, sondern leider auch bei der städtischen SWSG. Das belegen die massiven Proteste von Mietern im Hallschlag, in der Bottroperstraße und in der Böheim-Siedlung im Stuttgarter Süden, wo die Mieten wegen energetischer Sanierungen drastisch steigen sollen.

>> „Wer Mietsteigerungen von bis zu 64 % bei städtischen Wohnungen für angemessen hält, der weiß nichts über die schwierige soziale Lage vieler Arbeitnehmerhaushalte,“ kritisierte am 19.06.2012 der Mieterverein Stuttgart den Gemeinderat. Denn eine große Mehrheit hatte im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen wenige Tage davor den Mieterhöhungs-Kurs der SWSG-Geschäftsführung ausdrücklich bestätigt. Der steht für sehr viele MieterInnen in den SWSG-Wohnungen vom Hallschlag, der Bottroper Straße, der Heselacher Böheim-Siedlung bis Stuttgart-Rot allerdings in krassem Widerspruch zum Auftrag der SWSG – nämlich „preisgünstigen Wohnraum“ bereitzustellen – gerade für die zuneh-

mende Zahl von StuttgarterInnen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Denn auch wenn Gesetze zulassen, dass energetische Sanierungen auf Mieter umgelegt werden können, ändert das nichts an der Tatsache: für viele SWSG-Mieter sind diese Erhöhungen erdrückend hoch und können auch nicht durch gesenkten Energieverbrauch kompensiert werden.

>> Diese Mietpreis-Politik führt in der Konsequenz dazu, dass Mieter mit niedrigen Einkommen und Renten aus ihren Wohnungen und Vierteln verdrängt werden, wo sie bisher zu bezahlbaren Mieten leben konnten – für ein öffentliches Wohnungsbauunternehmen ein völlig unakzeptabler Zustand.

„Im Ergebnis haben wir damit bei der SWSG eine immer besser werdende soziale Durchmischung [...] erreicht [...]“, schreibt OB Schuster in einer Bewertung der Politik der SWSG. Sozialtechnokraten behaupten beschönigend, die „Durchmischung“ von Wohngebieten müsse sein, um „Ghetto“-Bildung gegenzusteuern. Doch die Praxis zeigt: Mieterverdrängung findet statt in Stadtvierteln, wo bisher billig gewohnt werden konnte. Und wo die Immobilienwirtschaft inzwischen fette Beute wittert, weil sie sich diese Wohngebiete für zahlungskräftigere Bewohner erschließen will, z.B. am Hallschlag, topografisch ja durchaus etwas wie eine Stuttgarter Halbhöhenlage. Mieter mit niedrigen Einkommen werden so an die Peripherie oder gar aus der Stadt verdrängt. Nur dort tut offenbar „soziale Durchmischung“ not. Am Killesberg, wo traditionell wohlhabendere Schichten wohnen, betätigt sich die SWSG dagegen als Bauträger für sicher nicht billige Eigentumswohnungen – „soziale Durchmischung“ der bisher eher exklusiven Wohnbevölkerung ist natürlich kein Thema. Der Immobilien- und Wohnungssektor boomt - gerade in Zeiten großer ökonomischer Unsicherheit. Will da vielleicht das SWSG-Management auch das Image des Kleinen-Leute-Wohnungsbauers abstreifen und mitmischen auf dem Parkett erwarteter hoher Renditen?

Was spiegelt der Mietspiegel?

>> In der erwähnten Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen haben Grüne, CDU und SPD die Strategie der SWSG-Leitung unter-

stützt, die Mieten mittelfristig auf Mietspiegelniveau anzuheben. Für die SWSG-Mieter ist das alles, nur nicht beruhigend. Denn der Mietspiegel ist Ausdruck des angespannten Wohnungsmarkts in Stuttgart und spiegelt deshalb das sehr hohe Mieten-Niveau in Stuttgart wider. 43 % ihres Einkommens müssen Stuttgarter im Schnitt für Miete ausgeben – für kleine Einkommen schon heute eine drückende Belastung. Mit der angekündigten Anpassungsstrategie kann sie Existenz bedroht werden. SÖS und LINKE fordern deshalb, dass diese Mietpreis-Erhöungs-Strategie aufgegeben wird. Nicht der Mietspiegel kann Maßstab sein für ein öffentliches Wohnungsunternehmen. Seine Aufgabe muss sein, Wohnen zu bezahlbarem Preis zu ermöglichen – insbesondere für



© Joachim Röttgers

Bezahlbare Wohnungen werden in Stuttgart immer rarer. Beim Verkauf der LBBW-Wohnungen an die Heuschrecke Patrizia waren soziale Gesichtspunkte kein Kriterium. Die Mieter lassen sich das nicht gefallen. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke unterstützt die Forderungen der Mieterinitiativen in Stuttgart-Nord.

StuttgarterInnen mit niedrigen Einkommen. Wir haben deshalb auch gefordert, Mieterhöhungen nach energetischen Sanierungen auf maximal 10 % zu begrenzen. Das ist aus dem SWSG-Bilanzgewinn von 5,233 Millionen Euro finanzierbar, ohne Schaden für weitere Sanierungen. Oberbürgermeister Schuster behauptet zwar, das „[...] würde bedeuten, dass die SWSG [...] nicht mehr sanieren könnte [...]“. Tatsächlich weist der SWSG-Jahresabschluss 2011 neben diesem Bilanzgewinn 10,7 Millionen Euro für | Seite 11 |

I von Seite 10! Rückstellungen aus. Von gefährdeten Sanierungsprojekten kann da wohl nicht ernsthaft die Rede sein. Erinnert sei an dieser Stelle noch einmal an den Verkauf der LBBW-Wohnungen an den Immobilienkonzern Patrizia. Als die von Patrizia eingefahrene Eigenkapitalrendite von knapp 5 % öffentlich wurde, empörten sich fast alle Gemeinderatsfraktionen: das belege, dass Patrizia nur das schnelle Geld, nicht verantwortungsvolle Mieterpolitik im Auge habe. Nun weist der Geschäftsbericht 2011 der SWSG eine Eigenkapitalverzinsung von 5,3 % aus. Die Behauptung der Rathauspitze, man könne vom Bilanzgewinn nichts abzweigen, um Mieterhöhungen nach energetischer Sanierung auf maximal 10 % zu begrenzen, wie SÖS und LINKE fordern, wirkt vor diesem Hintergrund doch einigermaßen bizarr. Nicht minder bizarr ist die weitgehend kritiklose Zustim-

Richtigstellung

Im Stadt.Plan 2/2012 hatten wir geschrieben:
„Energetische Modernisierungsmaßnahmen [...] führen in SWSG-Wohnungen [...] zu bis zu 60%(!) Mieterhöhungen. Im Aufsichtsrat der SWSG haben das nicht nur – wie zu erwarten – CDU und FDP gebilligt, sondern auch Grüne und SPD-Gemeinderäte [...]“
 Der Fraktionsvorsitzende der FDP

im Gemeinderat hat uns aufgefordert klarzustellen, „dass der Aufsichtsrat niemals über 60%ige Mieterhöhungen abgestimmt hat“. Die FDP habe dieser auch nicht zugestimmt. Das stellen wir hiermit gerne richtig. Grüne, CDU und SPD befürworteten in der Diskussion eine solche Mieterhöhung, nicht jedoch die FDP und SÖS und Linke. ■ |red|

mung im Gemeinderat zur Mietpreis-Erhöungs-Strategie des SWSG-Managements.

>> Um ihre berechtigten Interessen zu verteidigen, haben die Mieter begonnen, sich in Mieterinitiativen zu organisieren. Das ist ein wichtiger

Schritt, um einen Kurswechsel in der Mietpreispolitik der SWSG durchzusetzen. SÖS und LINKE unterstützen dies – im Rathaus und auch außerhalb. Denn um Wohnen zu einem unveräußerlichen Grundrecht zu machen, braucht es auch die Initiative aktiver Mieter! ■ |ta|

Erlebte Doppelmoral

... und Ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter

Im kleinen Universum Stuttgarts erleben wir zur Zeit ein Lehrstück von der Doppelmoral der Parteien. Hier eine Chronologie:

>> SPD- und Grünen-Vertreter im Aufsichtsrat der LBBW stimmen dem Ausverkauf der LBBW-Wohnungen an die Heuschrecke Patrizia zu, ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter auf jeder Podiumsdiskussion von der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

>> CDU, SPD und Grüne versprechen im Gemeinderat bezahlbare Mieten, befürworten aber in der SWSG eine 60%-ige Mieterhöhung. Und ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter ...

>> CDU, SPD und Grüne versprechen eine Verbesserung der Kinderbetreuung, stimmen aber der Verkürzung der Regel-Betreuungszeiten zu. Und ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter ...

>> CDU, SPD und Grüne sprechen sich gegen Diskriminierungen aus, aber den Antrag, der das auch in punkto sexuelle Orientierung sicherstellen sollte, fand bei ihnen keine Zustimmung. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke hatte beantragt, dass im pädagogischen Rahmenkonzept der Schülerhäuser beim Thema Inklus-

sion und Vielfalt neben Religion, Herkunft, Geschlecht, gesundheitlicher Zustand und wirtschaftlicher Hintergrund, der Zusatz „sexuelle Orientierung“ aufgenommen wird. Gerade im Rahmen der Zuschussverhandlungen mit kirchlichen Trägern hätte dieser Diskriminierungsausschluss eine entscheidende Rolle gespielt. Und ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter ...

>> CDU, SPD und Grüne beanspruchen für sich, die Hüter der Demokratie zu sein, rechtfertigen aber die Hausdurchsuchung bei Richter Reicherter und die Verurteilung hunderter S21-Gegner. Und ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter ...

>> CDU, SPD und Grüne haben unter dem Druck der S21 Protest-Bewegung die Politik des Gehörtwerdens entdeckt, beim Filderdialog interessiert sie das Mehrheitsergebnis nicht. Und ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter ...

>> CDU, SPD und Grüne singen das Lied von der Bürgerbeteiligung. Entgegen ihren Versprechungen nach einem Bürgerentscheid in Stuttgart, falls für den Stuttgarter Haushalt neues Geld nötig würde, lehnen sie einen Bürgerentscheid über die Erhöhung der Stuttgart 21 Rückstellung um 108 Millionen Euro am 19.07.2012

ab. Und ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter ...

Diese Politik ist unehrlich und spaltet weiter die Stadt. Eine neue Ehrlichkeit in der Politik ist notwendig. ■ |hp|

OB-Wahl am 7.10.2012

Am 7. Oktober finden die Wahlen zum Oberbürgermeister in Stuttgart statt. Zum Oberbürgermeister ist der Kandidat gewählt, der im ersten Wahlgang mehr als 50% der abgegebenen Stimmen erhält. Erreicht kein Kandidat die absolute Mehrheit, geht es in den zweiten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang können wiederum alle Kandidaten antreten und sich auch neue Bewerber aufstellen lassen. Der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl, d.h. einer einfachen Mehrheit, ist gewählt. Hannes Rockenbach, Fraktionsvorsitzender der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke kandidiert als parteiloser Kandidat und wird dabei von einem breiten unabhängigen Personen-Bündnis „Stuttgart bewahren, gestalten, verändern“ unterstützt. ■



© Thomas Iglér/fluegel.tv

Hannes Rockenbach mit
Laura Halding-Hoppenheit beim CSD

Polizei kesselt auf Befehl der Landesregierung Antifaschisten ein

Das ist makaber. Der Verfassungsschutz deckte mörderische Faschisten, fast alle Politiker über sich in Selbstkritik, in dieser Situation gibt die grün-rote Regierung den Faschisten in Stuttgart Geleitschutz. Hier der Bericht:

Am 30.07.2012 stellten sich hunderte AntifaschistInnen einer Kundgebung der NPD auf dem Kronprinz-Platz in Stuttgart entgegen. Beim Versuch, die Anfahrt des NPD-LKW zu verhindern, wurden über 60 Menschen - darunter Minderjährige und unbeteiligte Passanten - von der Polizei am Rotebühlplatz eingekesselt. Der Kessel schloss sich durch einen brutalen und blitzschnellen Zugriff der Polizeikräfte um ca. 11.45 Uhr und wurde bis ca. 16.45 Uhr, also ca. 5 Stunden aufrechterhalten. Die Eingekesselten wurden nach ca. 4 Stunden in praller Sonne und ohne Ausgabe von Verpflegung in Mannschaftswagen der Polizei nach erkennungsdienstlicher Behandlung zur Gefangenenammelstelle an der Wasenwache verbracht. Die Festgenommenen hielt man in verschiedenen Zellen - die Zelle, in der ich mich befunden habe, war mit 16 Personen besetzt - bis zu 1,5 Stunden fest und erteilte ihnen dann Platzverweise für die Innenstadt bis 20.00 Uhr. Die

Aufrechterhaltung des Kessels unter Hinzuziehung einer Reiterstaffel war eine reine Machtdemonstration und durch keine Handlung aus dem friedlichen Kreis der betroffenen Personen gerechtfertigt, da die NPD bereits zwischen 14.00 und 15.00 Uhr mit ihrem LKW nach Ulm abzog, und dort durch den engagierten Einsatz der BürgerInnen gestoppt werden konnte. Viele zogen sich durch die ungeschützt Sonneneinstrahlung in diesen fünf Stunden Hautverbrennungen zu. Die Polizei teilte den Betroffenen noch nicht einmal mit, auf welcher Rechtsgrundlage dieser

Kessel gebildet und aufrechterhalten wurde. Hätten sich viele empörte Passanten nicht solidarisch gezeigt und die Betroffenen mit Wasserflaschen und Brezeln versorgt, die Polizei hätte es nicht gekümmert. Es ist sehr schockierend, wie auch unter der neuen Landesregierung Faschisten geschützt und Antifaschismus kriminalisiert wird. Besonders schmerzlich mussten das wohl auch mehrere Jusos aus Hohenheim erfahren, die nun ihrem SPD-Innenminister Gall einen bösen Brief schreiben wollen. ■ |Christoph Ozasek, DIE LINKE|

Impressum

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Vi.S.d.P. Hannes Rockenbach

Die Fraktionsgemeinschaft besteht aus SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial) und DIE LINKE. SÖS ist ein parteifreies Personenbündnis, das sich gegründet hat, um den Bürgerbewegungen in Stuttgart eine Stimme zu verleihen und ist mit drei Stadträten vertreten: Maria-Lina Kotelmann, Hannes Rockenbach und Gangolf Stocker. DIE LINKE stellt die Stadträte Ulrike Küstler und Tom

Adler. Um den Fraktionsstatus zu erreichen, haben SÖS und DIE LINKE nach den Kommunalwahlen 2009 eine Fraktion gebildet.

Karikatur: Kostas Koufogiorgos
Fotos: Thomas Iglér/fluegel.tv, Joachim Röttgers, Alexander Schäfer
Druck: UWS Papier & Druck GmbH

